

INFOPORT

Ausgabe 3/2010, 22. Juni 2010



Was ist erreicht?

- Maßstab für den „Erfolg Ost“
- Strukturwandel

Was ist zu tun?

- Demografischer Wandel
- Fachkräftebedarf
- Unternehmensnachfolge
- Innovationsgeschehen
- Kernkompetenzen stärken
- Rolle des Staates: Wachstum ermöglichen

Fazit

Agenda 2020 für den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland —

Was ist erreicht, was ist zu tun?

Die Verbandssicht — kurz und bündig:

- Seit 1990: Wohlstandsniveau in Ostdeutschland sehr deutlich erhöht. Ostdeutschland heute wirtschaftlich auf Augenhöhe mit einigen westeuropäischen Regionen.
- Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft erfolgreich bewältigt. Seit Mitte der 90er Jahre kontinuierliche Reindustrialisierung. Inzwischen breite, auf In- und Auslandsmärkten gut aufgestellte Unternehmenslandschaft.
- Zentrale Herausforderung für das kommende Jahrzehnt: Gestaltung des demografischen Wandels. Aus Unternehmenssicht hierbei Fachkräftesicherung besonders wichtig.
- Auch Fachkräfte bilden eine entscheidende Basis für die Sicherung und den Ausbau der Innovationskraft der ostdeutschen Wirtschaft.
- Entstandene Branchenkompetenzfelder bzw. Cluster bieten erhebliche Potenziale für die weitere Standortentwicklung, daher ist wirtschaftspolitische Begleitung fortzusetzen.

Wirtschaftsstandort Ostdeutschland im internationalen Regionenwettbewerb gut gerüstet

20 Jahre Deutsche Einheit —
 Perspektiven der ostdeutschen
 Regionen als Wirtschaftsstandort

Am 3. Oktober 2010 jährt sich die Wiederherstellung der Deutschen Einheit zum 20. Mal. Der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ging bereits am 1. Juli 1990 die innerdeutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion voraus. Dies ist Anlass genug zu reflektieren, wo Ostdeutschland heute steht. Dabei geht es zum einen um eine Bestandsaufnahme dessen, was in den letzten 20 Jahren erreicht wurde. Zum anderen gilt es, einen Blick auf die wichtigsten Herausforderungen zu werfen, denen sich der östliche Teil des vereinigten Deutschlands im

kommenden Jahrzehnt stellen muss.

Dabei soll mit dieser **INFOPORT**-Ausgabe primär der Wirtschaftsstandort Ostdeutschland beleuchtet werden. Dies bedeutet freilich nicht, nur die Rahmenbedingungen zu bewerten, die Unternehmen hier vorfinden. Vielmehr sind auch darüber hinaus Faktoren zu beleuchten, die für die Perspektiven der Menschen relevant sind, die hier leben und in unterschiedlichster Weise das Wirtschaftsgeschehen an diesem Standort entscheidend prägen.

Was ist erreicht?

Maßstab für den „Erfolg Ost“

Nicht nur pauschal Ost- und Westdeutschland, ...

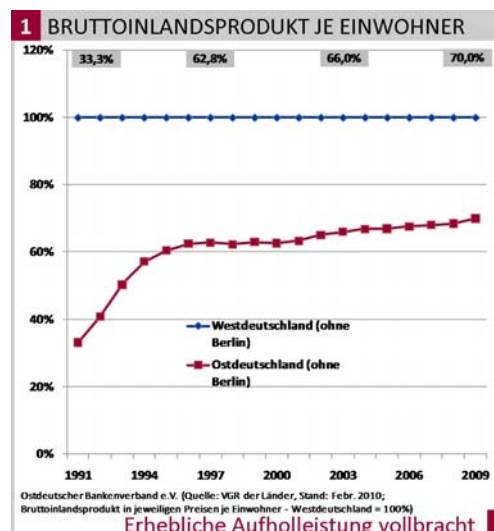
Vor einer Bestandsaufnahme des Erreichten ist zu klären, was dabei der Bewertungsmaßstab sein soll. In den letzten 20 Jahren wurde der Entwicklungsstand Ostdeutschlands zumeist am westlichen Bundesgebiet gemessen. Dies erschien zunächst plausibel, da 1990 vielfach eine schnelle Angleichung der „Lebensverhältnisse“ erwartet wurde. In den Folgejahren führte die Orientierung an westdeutschen Daten bei der Bewertung des Aufbaus Ost allerdings zu einer Überbetonung des ostdeutschen Rückstands, statt den Blick auf die Erfolge zu lenken.

Eine Betrachtung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner in Ost- und Westdeutschland seit 1991 zeigt die erhebliche Aufholleistung (s. *Grafik 1*). Demnach hat sich das Pro-Kopf-BIP Ostdeutschlands (ohne Berlin) seit 1991 von einem Drittel des westdeutschen Niveaus auf 70% im Jahr 2009 erhöht.

... sondern auch einzelne Regionen in Deutschland und Europa vergleichen

Um ein realistisches Bild von den Fortschritten zu erhalten, ist es sinnvoll, die heutige Lage mit der Ausgangssituation vor 20 Jahren zu verglei-

chen. Noch deutlicher werden die Aufbauerefolge, wenn weitere Indikatoren zur Lebens- und Standortqualität in die Betrachtung einbezogen werden. Hier ist festzustellen, dass sich seit der Deutschen Einheit nicht nur die Infrastrukturausstattung im Osten sehr erheblich verbessert hat, sondern beispielsweise auch die Wohnsituation und die Umweltqualität (s. *Grafik 2*).



	Jahr	West	Ost
Ausstattung			
■ Pkw je Einwohner	1989	0,48	0,23
	2007	0,51	0,57
■ Haushalte mit Telefon in %	1988	96,8	17,2
	2008	99,0	99,1
Wohnfläche			
■ m² je Person	1989	37,2	27,6
	2006	44,0	38,6
Umwelt			
CO ₂ -Tonnen je Einw.	1989	11,15	20,95
	1994	10,96	11,69

Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: ifo)
Lebens- und Standortqualität deutlich verbessert

Vergleiche von Durchschnittswerten aus Ost und West berücksichtigen allerdings weder die erheblichen regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands noch die Differenzen innerhalb des zusammenwachsenden Europas. Dabei sind insbesondere die östlichen Nachbarn, die ähnliche Transformationsprozesse wie Ostdeutschland durchlaufen haben, von Interesse. Bei einem Vergleich auf europäischer Ebene zeigt sich, dass die ostdeutschen Regionen beim Pro-Kopf-BIP auf Augenhöhe mit einer ganzen Reihe von westeuropäischen Regionen und klar oberhalb des Niveaus in den östlichen Nachbarländern liegen (s. *Grafik 3*).

Bei alledem ist die Arbeitsmarktsituation allerdings weiter unbefriedigend. Die Arbeitslosenquote ist immer noch deutlich höher als im westlichen Bundesgebiet, wobei sich der Ab-

Strukturwandel

Die Entwicklung ab 1990 war zunächst vom Transformationsprozess von der Plan- zur Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Hauptaufgaben waren die Privatisierung der Staatsbetriebe und deren Umstellung auf marktwirtschaftliche Verhältnisse, die Ermöglichung mittelständischer Unternehmensgründungen, Aufbau und Ausbau der Infrastruktur, Schaffung von zeitgemäßen Büro- und Gewerbeflächen, Verbesserung der Wohnsituation und vieles mehr.

Seitdem hat Ostdeutschland einen erheblichen Strukturwandel bewältigt (s. *Grafik 4*). Hatte zunächst angesichts des Nachholbedarfs bei Infrastruktur und Gebäuden die Bauwirtschaft einen hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung, setzte ab Mitte/Ende der 1990er Jahre ein bemerkenswerter Aufholprozess der Industrie ein.

Im Ergebnis mündete die Entwicklung in einen kontinuierlichen Reindustrialisierungsprozess. Trotz erheblicher Unterschiede in der Höhe des jeweiligen Industrieanteils und bei den Branchenstrukturen der ostdeutschen Bundesländer war das Verarbeitende Gewerbe im letzten

3 EUROPÄISCHE REGIONEN IM VERGLEICH DES BIP JE EINWOHNER (EU27=100)

Region	%	Region	%
DE Berlin	97,29	DE Thüringen	81,64
FR Nord-Pas-de-Calais	88,00	ES Castilla-La Mancha	81,14
DE Leipzig	87,70	DE Chemnitz	81,12
DE Dresden	87,38	DE Mecklenburg-Vorp.	78,83
FR Languedoc-Roussillon	86,11	UK Cornwall	77,62
DE Brandenburg-Südwest	85,00	BE Hainaut (Hennegau)	77,07
IT Abruzzo	84,87	DE Brandenburg-Nordost	75,53
DE Lüneburg	84,04	CZ Střední Čechy (Mittelböhmen)	72,98
UK Lincolnshire	82,72	EE Estland	65,29
DE Sachsen-Anhalt	82,38	PL Śląskie (Schlesien)	55,53
AT Burgenland	82,08	PL Wielkopolskie (Großpolen)	55,11

Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: Eurostat; BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards 2006 in %)

ostdeutsche Regionen vielfach auf Augenhöhe

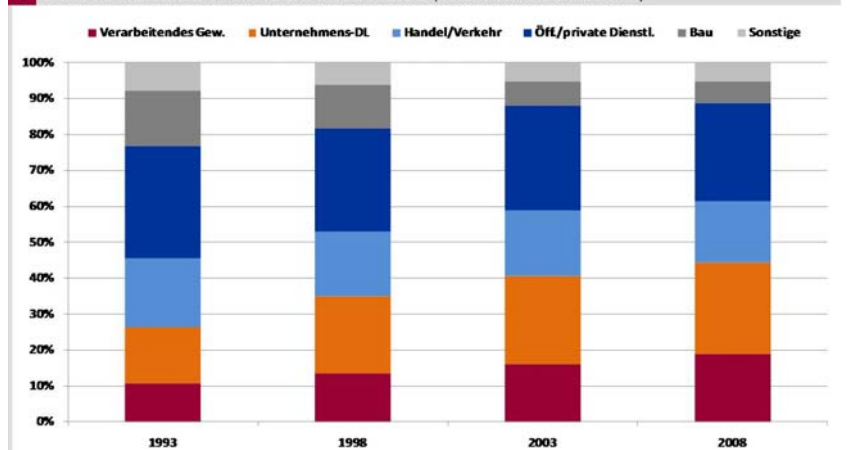
stand in jüngerer Zeit spürbar verringert hat. Im europäischen Maßstab ist die Arbeitsmarktlage heute aber besser als etwa in Spanien, der Slowakei, den baltischen Staaten oder Irland.

Jahrzehnt in ganz Ostdeutschland der wichtigste Wachstumsmotor. Dadurch wurden auch die wirtschaftsnahen Dienstleister gestärkt.

Industrie — der Wachstumsmotor und Impulsgeber für andere Bereiche

Insgesamt hat sich die ostdeutsche Wirtschaft auch aus ihrer früheren Abhängigkeit von der Wirtschaftsförderung gelöst. Sie wird heute von einer selbsttragenden und breit aufgestellten mittelständischen Unternehmenslandschaft geprägt, die stark im Binnenmarkt verankert und auch auf den internationalen Märkten mit innovativen Produkten erfolgreich ist.

4 BWS-ANTEILE DER WIRTSCHAFTSZWEIGE (Ostdeutschland ohne Berlin)



Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: VGR der Länder, Stand: Febr. 2010; Anteil der Wirtschaftszweige an der Bruttowertschöpfung in %)

Deutliche Veränderung der Wirtschaftsstruktur

Branchenstruktur im europäischen Vergleich ausgewogen

Die Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands wird nach wie vor primär mit derjenigen Westdeutschlands verglichen. Dabei schwingt zuweilen die Annahme mit, im westlichen Bundesgebiet sei die „richtige“ Branchenstruktur realisiert, an der man sich zu orientieren habe. Allerdings ist auch hier ein ergänzender Blick auf andere europäische Länder sinnvoll. Dabei zeigt sich etwa, dass der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung zwischen nur knapp 14% in Frankreich und mehr als 30% in der Tschechischen Republik liegt (s. Grafik 5). In den westeuropäischen Ländern Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden ist der Industrieanteil an der Gesamtwertschöpfung durchweg niedriger als in Ostdeutschland und in Tschechien erheblich höher als in Westdeutschland. Es besteht also kein einfacher Kausalzusammenhang zwischen „Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung“ und „Wohlstandsniveau“. Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande erzielen beispielsweise mit einem höchst unterschiedlichen Branchenmix ein ähnlich hohes Pro-Kopf-BIP. Ergo: Die Wirtschaftspolitik sollte sich nicht allzu stark auf einzelne Branchen fokussieren.

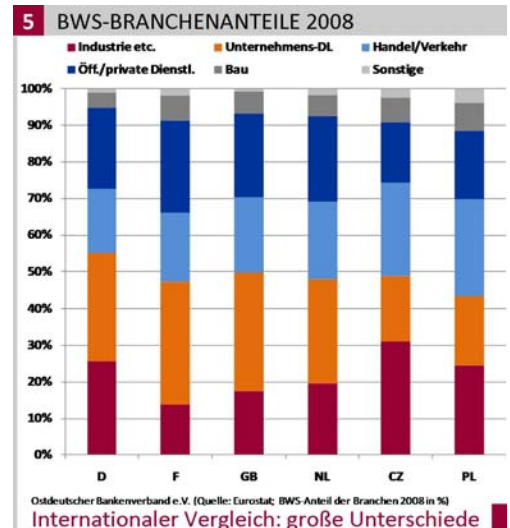
Auslandsorientierung bleibt weiter ausbaufähig

Eine weitere Folge des Transformationsprozesses in Ostdeutschland war die Veränderung der Exportorientierung. Nach 1990 war zunächst

Demografie — Gestaltung der Veränderungsprozesse notwendig

Demografischer Wandel

In den letzten Jahren wurde immer deutlicher, dass sich aus dem demografischen Wandel die größte Herausforderung für die ostdeutschen Regionen ergibt. Demografischer Wandel bedeutet hier zugleich einen anhaltenden Rückgang der Gesamtbevölkerung und eine Änderung der Altersstruktur hin zu einem immer geringeren Anteil der Erwerbstätigen.



eine weitgehende Umorientierung weg von den alten Absatzkanälen der DDR-Wirtschaft hin zu Märkten in Westeuropa und Übersee erforderlich. Aufgrund der fortlaufenden Erschließung der Auslandsmärkte war bis 2008 in allen ostdeutschen Ländern ein deutlicher Anstieg der Exportquoten festzustellen. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland stieg von unter 12% in 1992 auf 33% im Jahr 2009. Das westdeutsche Niveau von zuletzt 47% wurde damit noch nicht erreicht. Es spricht aber alles dafür, dass die ostdeutschen Unternehmen in den kommenden Jahren den vor der Krise betriebenen Ausbau ihrer Auslandsaktivitäten fortsetzen werden.

Was ist zu tun?

Bei einem Blick in die Zukunft Ostdeutschlands stellt sich die Frage nach den wichtigsten Aufgaben, denen sich Unternehmen und Politik im kommenden Jahrzehnt stellen müssen. Dabei

stehen die deutschlandweiten Herausforderungen im Vordergrund, bei denen teilweise aber besondere Effekte in Ostdeutschland zu beachten sind.

Dieses Szenario gilt es aktiv zu gestalten und aus den gegebenen Rahmenbedingungen das Beste für den Standort zu machen.

Aus unternehmerischer Sicht stehen dabei die Themen Fachkräftesicherung und Unternehmensnachfolge im Mittelpunkt.

Auch für die öffentliche Hand ergeben sich zahlreiche Aufgaben bei der Anpassung der Infrastruktur und weiterer staatlicher Leistun-

gen an die veränderte Bevölkerungsgröße und Altersstruktur, die für die künftige Gestalt des Standorts von hoher Bedeutung sind.

Fachkräftebedarf

Einer der bisherigen Standortvorteile Ostdeutschlands im Vergleich zum westlichen Bundesgebiet ist der hohe Anteil gut qualifizierter Arbeitskräfte. Derzeit ist der Akademikeranteil an den Gesamtbeschäftigten noch höher und der Anteil ungelernter Arbeitskräfte erheblich niedriger als im Westen. Allerdings ist der Altersdurchschnitt der Beschäftigten in ostdeutschen Unternehmen schon seit geraumer Zeit höher als in West-Betrieben. Der Anteil der 50-bis unter 65-Jährigen an der Beschäftigtenzahl liegt mit 28,3% deutlich über dem Wert für Westdeutschland (24,6%). Beim Anteil der Hochschulabsolventen an der Belegschaft ist der Unterschied noch stärker ausgeprägt. Ein breiter Ersatzbedarf für qualifizierte Beschäftigte wird in ostdeutschen Unternehmen somit früher eintreten als in westdeutschen.

Zugleich wird der potenzielle Nachwuchs zahlenmäßig immer kleiner: Bei den Schulabgängern sind die niedrigen Geburtenraten der 1990er Jahre bereits spürbar. Im Jahr 2000 verließen noch fast 240.000 Schüler die allgemeinbildenden Schulen in Ostdeutschland. In diesem Jahr werden es nur noch halb so viele sein und bis 2020 wird sich die Zahl bei knapp 130.000 stabilisieren (s. Grafik 6). Auch die Abwanderung junger Menschen aus Ostdeutschland hält an. Daher wird sich die Zahl der Erwerbspersonen in Ostdeutschland bis 2020 deutlich verringern, während sie im Westen noch leicht steigt.

Der Rückgang des Nachwuchses kommt derzeit als erster „Demografieschock“ in der Wirtschaft an. Wie eine aktuelle DIHK-Umfrage belegt, kommt zu dem quantitativen ein qualitatives Problem in Ost und West hinzu, da zahlreiche Ausbildungsplatzbewerber unzureichende Qualifikationen aufweisen und es oft sogar an grundlegenden Eigenschaften wie Leistungsbe- reitschaft, Belastbarkeit und Disziplin mangelt.

Auch im Übrigen ist bereits heute im Arbeitsmarkt in bestimmten Bereichen ein zunehmender Fachkräftemangel festzustellen. Dies gilt insbesondere für die Berufsgruppe der Ingenieure, die für den Technologiestandort Deutschland eine besondere Bedeutung haben. Durch die Krise ist die Nachfrage nach Ingenieuren zwar vorübergehend zurückgegangen, aber auch Anfang 2010 bestand nach einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) bundesweit noch eine Ingenieurlücke von über 21.000 Personen, die inzwischen sogar wieder angestiegen ist. In Ostdeutschland konnten 2009 im Jahresdurchschnitt über 2.200 Ingenieurstellen nicht besetzt werden.

Die Sicherung der Fachkräftebasis ist für die ostdeutsche Wirtschaft und auch für die Politik also eine zentrale Herausforderung. Unternehmen müssen auf eine frühzeitige Fachkräftegewinnung und auf Instrumente zur Mitarbeiterbindung setzen, insbesondere flexiblere Arbeitszeiten und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergänzend besteht erheblicher Handlungsbedarf im Bereich der Bildungspolitik. Eine generelle Erhöhung der Bildungsqualität — vor allem bei technisch-naturwissenschaftlichem und wirtschaftsbezogenem Wissen — ist unverzichtbar.

Erster „Demografieschock“
kommt derzeit in der ost-
deutschen Wirtschaft an

Bessere Bildungsqualität
unverzichtbar

6 SCHULABGÄNGER 1993 BIS 2020		
Jahr	West	Ost (mit Berlin)
1993	619.000	183.000
1996	658.000	235.000
1999	695.000	239.000
2002	706.000	230.000
2005	747.000	213.000
2008	773.000	167.000
2011	793.000	112.000
2014	737.000	123.000
2017	707.000	132.000
2020	653.000	128.000

Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: Kultusministerkonferenz)
schrumpfendes Wachstumspotenzial spürbar

Unternehmensnachfolge

Unternehmen benötigen „Übergabefahrplan“

Nicht nur bei den Belegschaften, sondern auch in der Unternehmensführung besteht ein Nachwuchsproblem. In Ostdeutschland wird dies dadurch verstärkt, dass die Gründergeneration der Nachwendezeit allmählich in die Jahre kommt. Das Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) ging bisher von rund 8.500 Unternehmensübertragungen pro Jahr allein bei ostdeutschen Familienunternehmen aus. Untersuchungen zeigen indes, dass zahlreiche — insbesondere kleine — Unternehmen nur unzureichend auf das Nachfolgethema vorbereitet sind. Vielfach mangelt es an einem systemati-

schon Nachfolgekonzzept im Sinne eines „Übergabefahrplans“. Im Rahmen eines solchen Konzepts sollte jedes betroffene Unternehmen prüfen, ob eine Nachfolge innerhalb der Unternehmerfamilie, durch Mitarbeiter, durch externe Führungskräfte oder auch durch einen Verkauf an andere Erwerber realisiert werden kann. Jede gute Einzelfalllösung ist dabei ein Beitrag zur regionalen Standortsicherung. Eine noch stärkere Sensibilisierung gerade der kleineren Unternehmen ist angesichts der standortpolitischen Relevanz des Themas unbedingt geboten.

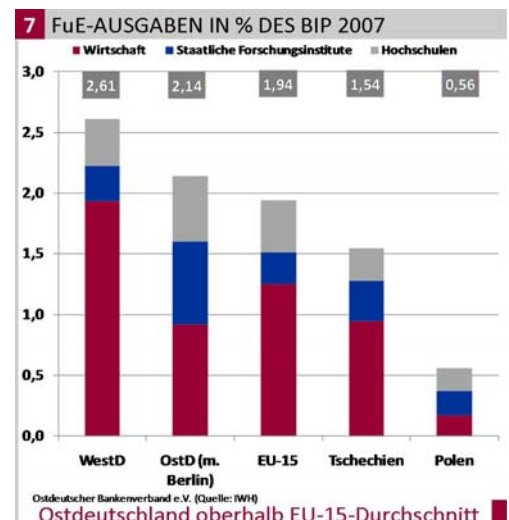
Innovationsgeschehen

Forschungsintensität im europäischen Vergleich beachtlich

Für den Erfolg von Unternehmen ist deren Innovationsfähigkeit von besonderer Bedeutung. Innovationen können Produktinnovationen, also neue oder verbesserte Produkte, oder Prozessinnovationen, also neue oder verbesserte Produktionsverfahren, sein. Voraussetzung für Innovationen sind Forschung und Entwicklung (FuE) in Unternehmen, Forschungsinstituten und Hochschulen. Ein Indikator für die Innovationsorientierung Ostdeutschlands ist die Forschungsintensität, gemessen als Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Die Forschungsintensität Ostdeutschlands (einschließlich Berlin) ist zwar geringer als im westlichen Bundesgebiet, liegt im europäischen Vergleich aber über dem Durchschnitt der alten EU-15-Länder und sehr deutlich über den Werten der mittel- und osteuropäischen Nachbarn Tschechien und Polen (s. Grafik 7). Allerdings entfällt ein Großteil der FuE-Ausgaben in Ostdeutschland nicht auf Unternehmen, sondern auf Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Daher ist hier primär eine weitere Erhöhung der betrieblichen FuE anzustreben, auch wenn die Forschungsergebnisse aus Hochschulen und Instituten im Rahmen von Kooperationen, Netzwerkverbänden oder Forschungsaufträgen ebenfalls in starkem Maße in Innovationsprozesse und letztlich auch in marktgängige Pro-

dukte ostdeutscher Unternehmen einfließen.

Untersuchungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zufolge war die Innovatorenquote — d.h. der Anteil der Betriebe, die erfolgreich Produkt- oder Prozessinnovationen eingeführt haben — 2008 in Ostdeutschland mit 44% niedriger als in Westdeutschland mit 48%. Die Innovationsintensität — also der Anteil der Innovationsaufwendungen am Umsatz der Unternehmen — lag im Osten mit 2,8% allerdings über dem westdeutschen Wert von 2,6%. Die ostdeutschen Unternehmen leisten folglich einen überdurchschnittlichen Input, verzeichnen aber einen unterdurchschnittli-



chen Output. Dies wird ebenfalls deutlich, wenn man die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse der Innovationsanstrengungen betrachtet: Ostdeutsche Unternehmen erzielen mit neuen Produkten einen weniger hohen Umsatzanteil und mit Prozessinnovationen geringere Kosteneinsparungen als westdeutsche (s. **Grafik 8**).

Der geringere Innovationserfolg im Osten ist in erheblichem Maße auf die unterschiedlichen Unternehmensgrößenstrukturen zurückzuführen. Auch im Westen steigt die Innovatorenquote mit der Betriebsgröße und kleinere Un-

ternehmen stehen aufgrund des Fixkostencharakters vieler FuE-Aktivitäten und von Mindestgrößen, ab denen sich Innovationsprojekte erst rechnen, vor speziellen Hürden. Für kleine ostdeutsche Unternehmen ist es daher besonders wichtig, Innovationsprojekte kostenmindernd im Rahmen von Kooperationen — auch unter Einbeziehung von Forschungsinstituten und Hochschulen — zu realisieren.

8 INNOVATIONSINDIKATOREN 2008 (in %)				
Branche	Umsatzanteil neuer Produkte		Kostenreduktion d. Prozessinnovation	
	West	Ost	West	Ost
forschungsintensive Industrie	39	35	5,2	5,2
Sonstige Industrie	11	11	3,5	2,3
Wissensintensive Dienstleistungen	14	8	5,0	3,4
Sonst. Dienstleistungen	7	5	2,1	1,4
gesamt	17	14	4,0	2,9

Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: ZEW)
Unterdurchschnittliche Innovationsergebnisse

Kernkompetenzen stärken

Eng verbunden mit der Innovationsfähigkeit eines Standorts ist die Frage, welche speziellen Branchenkonzentrationen bzw. wirtschaftlichen Fachkompetenzen dort vorhanden sind. In den ostdeutschen Bundesländern hat sich eine Reihe von regionalen und sektoralen Kompetenzfeldern herausgebildet, die zum Teil an bereits vor 1990 bestehende Spezialisierungsmuster der Wirtschaft und somit an vorhandenes Fachwissen der Arbeitnehmer anknüpfen konnten.

Die nationale und internationale Ausstrahlung sowie die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Kompetenzfelder sind teilweise beachtlich, bisweilen aber noch ausbaubedürftig. Ein Kernproblem bleibt die geringe Zahl von Unternehmenssitzen sowie unternehmenseigenen Forschungsabteilungen. Die vorhandenen Kompetenzschwerpunkte der ostdeutschen Wirt-

schaft bedürfen also weiterhin einer standortpolitischen Begleitung.

Dabei ist stets zu beachten, dass sich diese Strukturen fortlaufend im internationalen Wettbewerb behaupten müssen. Es besteht also keineswegs „Gewissheit“ darüber, welche Branchen und Clusterstrukturen langfristig Erfolg haben werden. Daher sollte die wirtschaftspolitische Begleitung von Clustern bzw. Kompetenzfeldern weniger auf Subventionen für einzelne Branchen, sondern primär auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen sowie auf flankierende standortpolitische Maßnahmen wie z.B. den Ausbau zum Cluster passender Infrastrukturen, eine kompetenzfeldorientierte Hochschul- und Forschungspolitik sowie eine gezielte, zu den vorhandenen Schwerpunkten passende Investorenakquisition setzen.

Flankierende standortpolitische Maßnahmen weiter notwendig

Rolle des Staates: Wachstum ermöglichen

Den Aktivitäten des Staates kommt auch künftig eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung des Standorts Ostdeutschland zu. Dies gilt für die bundesweite rahmensetzende Wirtschaftspolitik ebenso wie für landes- und kommunalpolitische Aktivitäten in den einzelnen Regionen. Der finanzpolitische Handlungsspielraum wird dabei auch im kommenden Jahr-

zehnt durch einen hohen Konsolidierungsdruck auf alle öffentlichen Haushalte geprägt sein. Die Mittelflüsse an die ostdeutschen Länder aus dem Solidarpakt II werden weiter degressiv abgeschmolzen und 2019 auslaufen, während die Staatseinnahmen wesentlich von der Konjunktur abhängen. Damit ist ein weiterer Rückbau der subventionsbasierten Förderpolitik

Auf allen öffentlichen Haushalten lastet ein hoher Konsolidierungsdruck

Standortpolitik muss sich primär auf Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen konzentrieren

vorgezeichnet. Der begonnene Umbau des Förderrahmens weg von Zuschüssen und hin zu revolvingierenden Fonds für Darlehen oder Beteiligungen ist daher zu begrüßen. Die Investitionszulage sollte 2013 endgültig auslaufen. Abzuwarten ist, welche Übergangsregelungen für das Auslaufen der EU-Strukturfondsförderung ab 2013 gefunden werden („phasing out“).

Insgesamt muss die Wirtschafts- und Standortpolitik künftig vor allem auf Konzepte setzen, die die öffentlichen Haushalte wenig belasten. Bund, Länder und Kommunen sollten sich darauf konzentrieren, primär durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen in ihrem Zustän-

digkeitsbereich Wachstum zu ermöglichen. Dazu gehört z.B. eine Vereinfachung des Steuersystems, weniger Bürokratie, eine qualitativ bessere Bildungspolitik, die Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit durch mehr und flexiblere Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder die weitere Begleitung von regionalen Kompetenzfeldern durch eine koordinierende (Länder-) Wirtschaftspolitik. Auch die standortrelevante physische Infrastruktur – etwa die Verkehrswege – muss im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gepflegt werden. In vielen dieser Felder gehen die staatlichen Aktivitäten bereits in die richtige Richtung, teilweise ist aber noch eine Intensivierung wünschenswert.

Fazit

- 20 Jahre Aufbau Ost waren ein klarer Erfolg. Seit 1989/90 hat sich das Wohlstandsniveau in Ostdeutschland sehr deutlich erhöht. Pro-Kopf-Einkommen, Infrastrukturausstattung, Umweltqualität, Wohnverhältnisse und zahlreiche weitere Standortfaktoren haben sich erheblich verbessert. Insgesamt befinden sich die ostdeutschen Länder heute wirtschaftlich auf Augenhöhe mit einigen westeuropäischen Regionen.
- Die ostdeutsche Wirtschaft hat den Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft erfolgreich bewältigt und weist inzwischen in vielen Branchen auf nationalen und internationalen Märkten gut aufgestellte, innovative Unternehmen auf.
- Unter den Herausforderungen für den Standort Ostdeutschland steht die Gestaltung des demografischen Wandels an erster Stelle. Für die Unternehmen bedeutet dies, sich bei kleiner werdender Erwerbsbevölkerung einen fachlich gut qualifizierten Mitarbeiterstamm zu sichern. Angesichts der Altersstruktur vieler Belegschaften und der stark gesunkenen Zahl von Schulabgängern besteht hier akuter Handlungsbedarf.
- Fachkräfte in ausreichender Zahl sind Grundvoraussetzung für einen weiteren Ausbau der Innovationskraft der Wirtschaft. Die Unternehmen werden sich nur mit innovativen, technologisch hochwertigen Produkten im harten internationalen Wettbewerb behaupten können. Für kleinere Unternehmen sind hierbei neben den Fachkräften intensive Kooperationen mit Forschungseinrichtungen relevant.
- Innovations- und Technologieorientierung sind zentrale Kennzeichen der entstandenen Branchenkompetenzfelder. Vor allem in der Industrie sind Cluster entstanden, die erhebliche Potenziale für die weitere Standortentwicklung darstellen. Die Wirtschaftspolitik sollte ihre Unterstützung dieser Kompetenzfelder fortsetzen.